

Berantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlschlag 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinar. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 17. Februar. In parlamentarischen
Streifen wollte man gestern wissen, der Minister
für landwirtschaftliche Angelegenheiten v. Heyden-
Cadow wolle zurücktreten und der Oberpräsident
der Provinz Posen von Wladimir Willebrandt
wäre zu seinem Nachfolger bestimmt. Das Ge-
richt begegnete lebhaften Zweifeln.

Wiener militärische Kreise beschäftigen, wie
telegraphisch hierher gemeldet wird, die Nachricht
betreffs Teilnahme des deutschen Kaisers an dem
diesjährigen ungarischen Kaisermanöver nach Be-
endigung der rheinischen.

Allelei Gerüchte über Kompetenzver-
längerungen, die in Betreff der Militärverträge
von der Regierung mit einzelnen Parteiführern
angebahnt sein sollen, durchschwirren die Luft.
Erst waren es hervorragende Mitglieder des
Zentrums, die durch Versprechungen ins Wanken
gebracht werden sollten, und nachdem hier die
Erfolge ausgeblieben zu sein schienen, sind jetzt
Freimänner an die Reihe gekommen. Ein Ber-
liner Blatt weiß zu erzählen, daß der Reichs-
kanzler in der gedachten Richtung eine längere
Unterredung mit dem Abgeordneten Hamberger
gehabt und diesem für die Zustimmung der
Freimänner zu der Militärverträge volle einjährige
Budgetbewilligung, auch für das Heer, Reform
der Militärgerichtsbarkeit im Sinne der liberalen
Forderungen, Berufung eines liberalen Schatz-
sekretärs u. s. w. angeboten habe. Es bedarf
wohl kaum der Versicherung, daß es sich auch
in diesem wie in den früheren Fällen um nichts
weiter als um Gerüchte ohne sachliche Unterlage
handelt. Nach Allem, was bisher aus zuverlässigen
Mitteilungen über die Stimmung und die
Absichten der Regierung in der Militärver-
tragsangelegenheit verlautet hat, ist nicht anzunehmen,
daß sie in ihren Angelegenheiten über das Maß
der Vernünftigen Vorschläge hinausgehen wird,
vollends mit der Thatsache in entschiedenem
Widerspruch steht es, wenn das angezogene Blatt
seinen Mitteilungen noch hinzusetzt, an höchster
Stelle scheine man für ein „Einlenken in der
Militärverträge zu den größten Zugeständnissen
bereit zu sein. Daß man übrigens den Abge-
ordneten Hamberger zum Vermittler eines Kom-
promisses ausgesucht hat, ist wohl durch die
Erinnerung des „Schwäbischen Merkur“ an eine
im Jahre 1870 von ihm gebaltene patriotische
Rede veranlaßt worden, in der er unter allerdings
andere Verhältnisse die Notwendigkeit einer
starken Heeresmacht betonte.

Die Militärkommission hat gestern nach
Beendigung der Diskussion über die Frage der
Formulierung der Bestimmungen über die zweijährige
Dienstzeit sowohl den Vorschlag der Regie-
rung: Der Durchschnittsstärke (der Armee) liegt
die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mann-
schaften der Infanterie im Allgemeinen zu einem
zweijährigen aktiven Dienst bei den Fahnen her-
angezogen werden, als die Anträge aus der Kom-
mission mit wechselnden Majoritäten abgelehnt.
Für den Unterarm Bebel zu dem Antrag
Nichter: zweijährige Dienstzeit für alle Truppen
stimmen nur die Sozialdemokraten und die
Volkspartei; für den Antrag Richter auf Abwär-
terung der Befähigung der Freimänner, Volkspartei
und Sozialdemokraten; für den Antrag Baumgarten:
gehehliche Befähigung der zweijährigen Dienstzeit
für die Infanterie für die Dauer der erlöbtesten
Friedensdienstzeit die Nationalliberalen und die
Reichspartei; für die Regierungsvorlage die beiden
konservativen Fraktionen. Die Beratung hat
also, wie erwartet wurde, gar kein Ergebnis ge-
habt, weil das Zentrum sich an der Abstimmung
überhaupt nicht beteiligte. In der nächsten
Sitzung am Montag wird der Antrag Richter
über die Ergebnisse der finanziellen Erörterungen
zur Verhandlung kommen.

Der Sturm auf die Rentengüter, von dem
die offiziellen Blätter so viel zu erzählen
wußten, ist bereits vorüber. Der „Reichsanzeiger“
veröffentlicht eine Bekanntmachung der königlichen
General-Kommission für Schließen, welche Anlie-
dungsbedenken auffordert, sich an die bescheidenen
Behörden zu wenden. Rentengüter von 1 1/2 bis
60 Hektaren Größe mit gutem, mittlerem und auch
geringerem Boden seien in beinahe sämtlichen
Streifen der Provinz mit und ohne Gebäude zu
vergeben. Auch Rentgüter von 50 bis 75 Hektaren
Größe seien disponibel. Offenbar ist das Ange-
bot größer, als die Nachfrage. Und trotzdem ver-
langen die Agrarier Wiedererrichtung der Erb-
pacht!

Einige Blätter melden, daß der Bundes-
rath in seiner nächsten Plenarsitzung das neue
amtliche Warenverzeichnis zum Zolltarif ein-
gängig erledigen werde. Die Nachricht klingt
schon unwahrscheinlich, wenn man die Erklärung
in Betracht zieht, welche der Staatssekretär des

Reichschatzkammern Freiherr von Malsbahn bei Ge-
legenheit der Beantwortung der Interpellation
über diesen Gegenstand am 17. Januar d. J. im
Reichstag abgab. Herr von Malsbahn erklärte
damals wörtlich, daß beim Reichskanzler die Ab-
sicht bestehe, seinerseits dahin zu wirken, daß die
Beschlußfassung des Bundesraths und seiner Aus-
schüsse über den ihnen vorzulegenden Entwurf
auf eine so geringe Spanne Zeit hinausge-
schoben wird, daß den Einzelregierungen dadurch
genügend Gelegenheit gegeben ist, ihren Handels-
verträchen, oder wenn sie sonst dafür geeignet
halten, von dem Inhalt des Entwurfs Kenntnis
zu geben und deren Aenderungen entgegen zu
nehmen. Danach war also geplant, den Entwurf
zum amtlichen Warenverzeichnis längere Zeit
beim Bundesrath ruhen zu lassen, um die Inter-
essenten erst zu gütlichen Aenderungen veran-
lassen zu können. Der Entwurf ist freilichs
Ende Januar an den Bundesrath gelangt. Es
würde in der Zwischenzeit unmöglich gewesen, die
Interessentenberathung durchzuführen. Wie wir dem-
nach hören, wird im preussischen Handelsministe-
rium eine solche Befragung der wirtschaftlichen
Vereinigung gegenwärtig erst in die Wege geleitet.
Es sollen den einzelnen Vereinigungen die sie
betreffenden Abschnitte des neuen Warenver-
zeichnisses zur gütlichen Aenderung zugestellt
werden.

In Organen der kirchlichen Reden wird
gegenwärtig bittere Klage darüber geführt, daß
angeblich „niederwärts alle hohen kirchlichen Aemter
mit Vertretern der kirchlichen Mittelpartei besetzt
werden“. Dazu bemerkt die „Protestantenverein-
korrespondenz“:

„Bekanntlich sind seit dem Rücktritt des
Oberkirchenrathspräsidenten Herrmann, also seit
15 Jahren sämtliche kircheneigenen Stellen in der
preussischen Landeskirche bis auf die Superintendenten
herunter ausschließlich mit Männern der konservativen
und der positiven Partei besetzt worden. Ohne das
Placet des Oberbischofspräsidenten Generalsuperintenden-
ten Kögel konnte Niemand in ein leitendes Amt der
preussischen Landeskirche gelangen. Der Baum
dieser Ausschließlichkeit ist nun allerdings seit dem
Auscheiden der Herren Kögel und Stöcker aus
ihren Aemtern in soweit gebrochen, daß auch
einige sich zur Mittelpartei haltende, im Uebrigen
aber in engster Fühlung mit den genannten
positiven Parteien stehende Männer, wie der
Protestant Freiherr v. d. Goltz und Generalsuper-
intendent Dr. v. d. Goltz und Generalsuper-
intendent Dr. v. d. Goltz in kirchenregimentliche Aemter
genommen sind, welchen sich vielleicht noch Hof-
prediger Faber zugesellen könnte, wenn sich die
Nachricht bestätigte, daß derselbe für die
Generaluperintendentur der Stadt Berlin aus-
gewählt sei. Schon das Eindringen dieser wenigen
Personen in das kirchenregiment genügt den
preussischen Landeskirche und ihre Synoden beherr-
schenden positiven Parteien das viderant consules
anzuzureisen. Alleinverherrschaft ist das Prinzip
dieser Verderber unserer evangelischen Kirche.“

Die genannte Korrespondenz schreibt weiter:
„In der verflochtenen Bode ist die mit der Auf-
stellung eines Agentenbureau für die preussische
Landeskirche betraute Kommission zu ihren
Planberathungen versammelt gewesen und sollen
dieselben eine „vollständige Ueber einstimmung“ er-
geben haben. Dieser bedeutenden Nachricht ge-
genüber muß hervorgehoben werden, daß das
einzigste der kirchlich-liberalen Partei angehörige
Mitglied dieser Kommission, Superintendent
Spaeth aus Breslau, durch Krankheit verhindert
gewesen ist, an den kommissionären Berathungen theil-
zunehmen. So sind die positiven Parteien bei
dem Abschluß der Arbeit vollständig unter sich
gewesen. An den Vorberathungen einer Spezial-
kommission hat Herr Spaeth allerdings theilge-
nommen, ohne indessen Gelegenheit gefunden und
genommen zu haben, sich mit seinen Genossen ge-
genüber über die Stellung zur Agerdenfrage
zu benehmen. Die Disposition, welche die Kom-
mission ihren Mitgliedern aufgelegt hat, hat ver-
hindert, daß Herr Spaeth in der Lage gewesen
ist, die Anschauungen und Forderungen der kirch-
lich-liberalen Partei in Bezug auf die Agerden zur
 Geltung zu bringen. Um so mehr darf erwartet
werden, daß die Agentenkommission durch baldige
Veröffentlichung ihrer Arbeit Gelegenheit geben
wird, ihr Werk einer ruhigen und allseitigen
Prüfung unterziehen zu können.“

Der Vertrag bezüglich des rheinisch-westfälischen
Kohlenpaktats ist der „Reinisch-Westfälischen
Zeitung“ zufolge heute notariell vollzogen worden.
Dem Syndikat werden nicht betreten: die
Zechen „Berndt“, „Friedrichs Nachbar“, „Zangen-
brunn“, „Paul“, „Prinz Friedrich“, „Michtart“,
„Kolan“ und „Westbansen“. Die heutige Ver-
sammlung der Zechenvertreter beschloß, ohne die
genannten Zechen das Syndikat zu gründen. Nicht

vertreten waren die Zechen „Mont-Cenis“,
„Meierich“ und „Wiesche“. Der Beitritt der
Zeche „Mont-Cenis“ wurde als wünschenswert
bezeichnet, weil sonst der „Kölnner Bergwerks-
Verein“ und die „Gesellschaft der Bergwerks-
Arbeiter-Gesellschaft“ ebenfalls nicht betreten wer-
den. Die Versammlung beschloß, daß der Ab-
schluß des Syndikatvertrages gültig für alle Be-
theiligten sein solle unter der Bedingung, daß der-
selbe hinfällig werde, wenn die Zeche „Mont-
Cenis“ nicht bis Montag Mittag 12 Uhr zu
Händen des Direktors Lindel ihren Beitritt an-
zeige. Mit der Erklärung des „Kölnner Bergwerks-
Vereins“ und der „Gesellschaft der Bergwerks-
Arbeiter-Gesellschaft“ gab sich die Versammlung ein-
verstanden. Der Kohlenverkauf findet vom 1.
März d. J. ab durch das Syndikat statt; bis
dahin verlaufen die Zechen selbst. Der Vertrag
wurde von den anwesenden Vertretern der Zechen
unterzeichnet, worauf die Wahlen erfolgten. Als
Vorsitzender des Syndikates wurde mit bedeutender
Majorität Essen a. d. Ruhr bestimmt. Zum
Vorsitzenden wurde Stabler, zu dessen Stellver-
treter werden Pieper und Müller gewählt.

Wilhelmshafen, 16. Februar. (W. T. B.)
Se. Majestät der Kaiser besichtigte mit vielem
Interesse die neue 28 Zentimeter-Haubitze auf dem
Artillerieboje und nahm darauf im Offiziers Kasino
das Frühstück ein, zu welchem die bei der Ver-
einigung zugegen gewesenen Offiziere und die beiden
Gastlichen geladen waren.

Signarungen, 16. Februar. (W. T. B.)
Die Besetzung der verstorbenen Köstlin Katha-
rina von Dohrenhollen wird in der hiesigen kaiser-
lichen Familienliste erfolgen. Morgen findet
die Ueberführung der Leiche von Freiburg nach
hier statt.

St.enburg, 16. Februar. Die Staats-
regierung beantragt beim Landtag die Ermächti-
gung zur Aufnahme einer Anleihe von 1 200 000
Mark, um den Mehrbedarf des Eisenbahn-Erneue-
rungsplans für 1893 zu decken.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Februar. (W. T. B.) Prinz
Ferdinand von Bulgarien hat einer starken Er-
kältung halber seinen Aufenthalt hier selbst um
einige Tage verlängert.

Wien, 16. Februar. (W. T. B.) Abge-
ordnetenhause. Bei der fortgesetzten Berathung
des Budgetgesetzes wendete sich Bassani gegen
einen Erlass des Präsidenten des obersten Gerichts-
hofes, in welchem von den nicht deutschen Sprachen
als von fremden Sprachen die Rede sei.
(Große Unruhe und Zwischenrufe der Jung-
gelehrten: „Wir sind also Fremde in Oesterreich,
wo wir Geld und Wästelner zahlen! Unser
Geld ist immer gut! Stankal!“) Der Vice-
präsident rief den Junggelehrten Solot und andere
unbekannte Zwischenrufer zur Ordnung. Später
stellte sich heraus, daß der Ordnungsruf dem
Junggelehrten Grafen Kaunitz galt für einen das
österreichische Beamtenthum beleidigenden Zwi-
schenruf. Das Präsidium verfügte, daß dieser
Zwischenruf nicht ins Protokoll aufgenommen
werden.

Frankreich.

Paris, 16. Februar. (W. T. B.) De-
putirtenkammer. Der Sitzungssaal und die Tri-
bünen sind überfüllt. Unter lebhafter Bewegung
ergreift Leydet (radikal) das Wort, und richtet an
die Regierung die angeklagte Interpellation
über deren allgemeine Politik. Leydet führt aus,
es bestehe eine Liga zwischen dem linken Zentrum
und den vereinigten Konservativen, welche das
Ziel verfolge, sich der Staatsgewalt zu be-
mächtigen und die bestehenden Gesetze bezüglich
des Heereswesens, des Schulwesens und der
Finanzen abzuändern. Millerand (radikal) weist
der Regierung vor, in der Panama-Angelegenheit
dem Lande keine Genugthuung gewährt zu haben.
Das Land bedürfe einer Revision der Verfassung
im demokratischen Sinne, der Trennung des
Staates von der Kirche, sozialer Reformen, der
Abhängigkeit aller Monopole und aller Privilegien
der Haute banque. Lafargue (Sozialist) ent-
wickelt das Programm der Arbeiterpartei. Ca-
vagnac verweist sich gegen die Behauptung, daß
er wegen der jüngst von ihm gehaltenen Rede
vorher mit den vereinigten Konservativen in Ein-
vernehmen getreten sei. Dieraux ergreift Ribot
das Wort. Er weist darauf hin, daß er bei
Uebernahme der Staatsgewalt alle Anhänger der
Republik um ihre Unterstützung gebeten habe.
Dank der Vereinigung der Republikaner sei der
Uebermut Derjenigen, welche gegen die Republik
und ihre Diener den Kampf unternommen hätten,
geachtet. Das Land sehr vertrauensvoll dem
Ende einer Angelegenheit entgegen, welche den
Vorwand zu der Einleitung des Kampfes abge-
geben habe, und warte ruhig den Wiederher-

stellungsprozess ab. Der weitere Verlauf jeder
Angelegenheit und dieser Gesundheitsprozess wien-
de die notwendige Ergänzung der ersten Urtheils-
sprüche des Gerichts bilden. (Beifall.) Jetzt ver-
lange man von der Regierung, daß sie diese Ver-
einigung der Republikaner breche. Die von Miller-
and vorgeschlagene Annäherung an die Sozialisten
und Bonlangisten müsse er zurückweisen. (Leb-
hafte Unterbrechungen auf der äußersten Linken,
der Präsident erläßt mehrere Ordnungsrufe.)
Ebenso wenig könne er auf die sogenannte Ver-
einigung der Zentren eingehen. Das Kabinett
regiere im Namen der Gesamtheit der republi-
kanischen Partei und wolle nicht der Gesangene
irgend einer einzelnen Parteigruppe sein. Er
müsse seiner gegen die Behauptung, daß das Ka-
binett unter dem Einflusse Clemenceaus oder der
äußersten Linken liege, entschiedene Verwahrung
einlegen. Ribot schließt mit dem Hinweis auf
das seit 15 Jahren vollbrachte Werk, welches
das Land zu schätzen wisse trotz der jüngst
aufgetauchten Wölfe, welche sich übrigens be-
reits zu zerstreuen beginnen. (Lebhafter Beifall
links.)

Paris, 16. Februar, 8 Uhr 28 Minuten
Abends. Das Ministerium Ribot hat den heutigen
Sturm in der Kammer glücklich überstanden und
den Angriff seiner Gegner scheinbar abgelenkt.
Die Tagesordnung des Deputirten Leydet, welche
dem Kabinett das Vertrauen der Kammer aus-
drückt und die Erwartung ausdrückt, daß die Re-
gierung die republikanischen Gesetze aufrechtzuer-
halten und republikanische Reformen einführen werde,
ist mit 315 gegen 190 Stimmen angenommen
worden. Diese Abstimmung bedeutet einen aber-
maligen Sieg der Konzentrationspolitik der Re-
publikaner, d. h. der Opportunisten und Radika-
len aller Schattierungen über das linke Zentrum,
aus dem Cavagnac hervorgegangen ist, und die
zur Republik belebten Monarchisten. Die Erben
Gambettas haben abermals die Erben Thiers aus
dem Felde geschlagen.

Die heutige, vor übervollem Hause vor sich
gehende Verhandlung der Interpellation des rabi-
kalen Deputirten Leydet über die allgemeine Po-
litik des Kabinetts trug viel mehr den Charakter
einer Reihe von Wahrheiten als einer Klarstellung
der inneren Politik. Jeder Redner empfahl die
Dinge, von denen er annahm, daß sie den Wäh-
ler angenehm sein würden. Ueberhaupt spitzte
man durch die ganze Debatte hindurch, daß
uns nur noch fünf Monate vor den Neuwahlen
trennen.

Der Interpellant Leydet eröffnete die Dis-
kussion mit der Versicherung, daß die heutige In-
terpellation die Bedeutung der Abstimmung über
Cavagnacs jüngste Rede nicht abschwächen solle;
alle wollten Ehre und Rechtlichkeit; er beabsichtige
auch nicht, eine Ministerkrise zu veranlassen. Von
Anfang an habe die Kammer die volle Aufhebung
der Panama-Affaire verlangt. Es sei ein leichter
Triumph, von der Gerechtigkeit zu reden, ohne die
Mittel für die Lösung der Schwierigkeiten der
Situation anzugeben.

Cavagnac verlangt das Wort (Bezeugung).
Leydet führt fort: Seit einigen Tagen
konstatirt man wieder neue Manöver gegen die
Republik. (Lärm.) Man wolle vielleicht die
Wahlen vorbereiten; es bestehe eine Liga zwischen
dem linken Zentrum und den vereinigten Konser-
vativen, welche das Ziel verfolge, sich der Staats-
gewalt zu bemächtigen und die bestehenden Gesetze
bezüglich des Heereswesens, des Schulwesens und
der Finanzen abzuändern. Es ist unsere, der
radikalen Sozialisten, Aufgabe, diese Koalition
aufzudecken und der Regierung zu sagen, daß sie
das Land verdrängt, wenn sie dieselben nur mit
Worten, statt durch Thaten besänftigt. (Unruhe.)

Leydet sagt die Konservativen an, daß sie
gewisse politische und wirtschaftliche Reformen
verhindern. Heute heißt es, gegen die Gefahr
sprechen und handeln; Kammer und Ministerium
müßten eine Politik ohne Kompromiß verfolgen,
das Land wolle keine leere Versprechungen. Die
Panama-Affaire dürfe nicht die Vorname not-
wendiger Reformen verhindern; man müsse ver-
schiedene soziale Gesetze in Angriff nehmen.

Demahy (radikal) unterbricht den Redner
mit den Worten: „Um Alles zu thun, was Sie
vorschlagen, müßte man vor Allem sparamer mit
Interpellationen sein.“

Leydet schließt: Die Kammer möge sich mit
Rücksicht auf die Wahlen schon heute für soziale
Reformen aussprechen; es dürfe heute inmitten
eines nach Millionen zählenden Reichthums keine
mehr Hungers sterben.

Millerand (Sozialist): Die Kammer habe
kein Ansehen mehr im Lande, die Regierung eben-
sowenig; diese beide zweifellos die besten Absichten,
aber in der Politik gelten nur Resultate. Er be-
klage durchaus nicht die Bildung einer konservativen
Partei. Die Politik der Konzentration, die

der Majorität, die tausendfachen Bedürfnisse des
modernen Lebens, der Wärm, nicht zur langsam
reich gewordenen Bourgeoisie geübt zu werden,
alles dies hat dazu beigetragen, den Untergang
der alten aristokratischen Familien Roms, welche
früher in sorglosem Reichthum leben konnten, zu
beschleunigen. Die Bankrotte folgen mit einer
verzwelfelten Geschwindigkeit auf einander. Und
Rom erlebt gegenwärtig das Schauspiel, wie ein-
der das Spiel, die Spekulation und den
Wucher ruinierte Gesellschaftsklassen verschwindet.

Um sich von diesen Dingen einen Begriff zu
machen, genügt es, der Palais Borghese zu be-
suchen, wo gewandte Spekulanten allerhand kost-
bare Gegenstände zum Verkauf zusammen tragen:
Möbel in großem Stil, reiche Stoffe mit feinen
Stickereien, geschmückte Truhen, prächtige Faience-
geschirre, Emailarbeiten, alte Gemälde, wertvolle
Waffen, seltene Bücher und Antiquitäten, keine
Wintergegenstände. Das Palais Borghese ist
ein Tempel des modernen Luxus geworden, wo
man die elegantesten Zimmerausstattungen und
die kostbarsten Schmuckgegenstände finden kann.
Liehaber des Alterthümlichen, kollektionswüthige
Engländer u. s. w. finden sich dort zusammen,
um die Schätze der altgriechischen Aristokraten-
familien mit ungläublichen Kosten an sich zu
bringen.

eine Politik des Kampfes gewesen, habe sich über-
lebt. Nach seiner Ansicht würde nur aus der
Bildung einer großen Partei Frankreichs Heil
erwachsen. Es sei Wahnwitz, heute die Politik
der Konzentration der konservativen Partei gegen-
über zu stellen.

Nach einer heftigen Polemik des Sozialisten
Lafargue besetzt Cavagnac unter großer Auf-
merksamkeit die Tribüne, um zu erklären, daß von
einer Koalition mit dem rechten Zentrum nicht
die Rede sei. Cavagnac erntet heute durchaus
nicht denselben Beifall wie am 8. Februar, viel-
leicht weil er zu viel Werth darauf legt und
immer wieder darauf zurückkommt, daß heute
von dem, was damals votirt worden sei, nichts
zurückgenommen werden dürfe, was steinern einfällt.

Ribot ist heute sehr glücklich in seiner Rede
und gut angelegt. Er tritt für die Politik der
Konzentration ein; er habe die Regierung unter
schweren Verhältnissen übernommen; alle Republi-
kaner hätten sich, aber um die von der Regierung
getragene Fahne geeint; diese Einigung sei auch
jetzt noch nöthig; er wende sich daher an alle
politischen Fraktionen; über den Divergenzen müsse
die republikanische Solidarität stehen, man dürfe
Gesetze, welche die Errungenschaften von fünfzehn
Jahren seien, nicht in Frage stellen lassen.

Millerand ruft: Nehmen Sie sich doch eine
Konzentration der Ehrlichkeit vor!

Ribot: Die, welche mich unterbrechen, sind
Diejenigen, welche — Ribot kann nicht weiter
sprechen, käme bei den Bonlangisten, welche rufen:
„Sie sind ein alter Bonapartist!“ Die Bonlangisten
rufen in den allgemeinen Standal fortwährend
das Wort „Bonapartist“ im Chor hinein.

Ribot fährt endlich fort: Es wäre Wahnwitz,
in diesen Zeiten der Aufregung die Majorität zu
zerstören; es werde nicht leicht sein, alle
Elemente zusammenzuhalten. Er, Ribot, sei
jedoch absolut unabhängig, und es sei nicht richtig,
was Cavagnac gesagt, daß er von irgend Jemandem
einen Druck anzuhalten gehabt habe, auch nicht
von Clemenceau.

Ribots Rede wird mit großem Beifall von
den genannten Republikanern aufgenommen.

Paris, 16. Februar. (W. T. B.) Der
Handelsminister Siegfried hat der Zollkommission
ein neues System der Petroleum-Zölle unter-
breitet. Darnach soll der Zoll auf 90prozentiges
raffiniertes Petroleum 16 Franks betragen und
beim Verlassen der Raffinerie-Anstalten entrichtet
werden. Der Zoll für Roh-Petroleum wird auf
13 Franks festgesetzt.

Italien.

Rom, 16. Februar. Die Bureaus des Par-
laments verhandeln heute über das Geset-
zungsprojekt. Die Mehrzahl der Kommissare ist
dem Projekte geneigt.

Giulitti beantwortete heute die Interpellation
Ferrari über die Bankinspektion und erklärte, die
Inspektion werde noch im Laufe dieses Monats
beendet sein. Ferrari erwiderte, falls die Regie-
rung in ihrem bisherigen Eifer erlahmen sollte,
werde er gegen die Regierung stimmen. Giulitti
wiederholte, vor Ende des Monats sei die Be-
endigung der Inspektion unmöglich.

Der Papst ließ heute in der Peterskirche Tau-
sende von Pilgen zum Handbisse zu. Von 9
Uhr früh bis 4 1/2 Uhr Abends hielt sich der Papst
in der Kirche auf, ohne die geringste Ermüdung
zu zeigen. Sein Aussehen war besser als im
letzten Jahre.

Rom, 16. Februar. (W. T. B.) Der
„Giornale“ veröffentlicht eine Unterredung seines
Herausgebers mit Crispi, welcher sich mißbilligend
über das Verhalten der Regierung in der
Banken-Angelegenheit äußerte. Bezüglich des
Budgets sagte Crispi, daß dasselbe künstlich auf-
gestellt sei. Der erschütterte Kredit und die nichts
weniger als solide und vollständige Organisation
des Heeres verletzten Italien in eine inferiore Lage,
welche sich in seinen auswärtigen Beziehungen
sichtbar mache.

Großbritannien und Irland.

London, 16. Februar. (W. T. B.) Das
Unterhaus nahm nach kurzer lebhafter Debatte
einstimmig einen Antrag Setons an, in welchem
erklärt wird, die „Times“ habe sich durch ihren
heutigen Artikel, worin sie die Antiparlementen als
künstlich und im Solde der Regierung stehend be-
zeichnet, einer großen Verletzung der Privilegien
des Hauses schuldig gemacht.

Asien.

Wie in vielen anderen Dingen, so ist in
Japan auch in Bezug auf die Erziehung des
Kronprinzen mit dem Herkommen gebrochen wor-
den. Der nahezu vierzehnjährige Kronprinz
Hara (d. h. Frühling) trägt eine Uniform euro-
päischen Schnittes und besucht die nach euro-

richtet worden, daß ich mit meiner Schilderung
zu spät käme. Großes Aufsehen machten die
Abende, welche die internationale Künstlergesell-
schaft gab, deren weite Räumlichkeiten in eine
unterirdische Grotte verwandelt waren, welche in
Scheine vielfarbiger, elektrischer Lampen majestätisch
stimmte. Besonders stark ist in dieser Gesell-
schaft das deutsche Element vertreten.

Nur einige Worte über den Abend in Rom,
an welchem in Mailand an der Scala Verdi's
„Falstaff“ zum ersten Male über die Scene ging.
Die römische Gesellschaft befand sich in den
Theatern oder auf Privatbällen. Mit einer siche-
rhaften und patriotischen Uebeldung erwartete man
die Nachrichten aus Mailand. Höflich kam ein
Telegramm an das Bureau einer großen hiesigen
Zeitung, welches berichtete, daß der Erfolg der
neuen Oper einen wahren Triumph bedeute.
Mit Mißgeschick hatte der Telegraph die
Nachricht in der ganzen Stadt verbreitet.
Stürmische ganz aus sich selbst entzündende Qua-
tionen wurden dem in Mailand abwesenden Verdi
dargebracht. In der Argentina, wo man an
diesem Abend gerade Verdi's „Troubadour“
spielte, erhoben sich die Zuschauer nach dem
„Miserere“, wie von einem spontanen Einflusse
besessen, und brachen in lautes Beifallsrauschen
aus. Mehr humeristisch als ernst wurde es be-
sprochen, daß der Syndikus Ruspoli in einem be-
greiflichen Anfall von Begeisterung, ohne irgendwie
autorisiert zu sein, im Namen der Bevölkerung
von Rom Verdi zu seinem großen Erlöge be-
glückwünschte.

Skizzen.

Brief aus Rom.

Der römische Carneval, welcher so oft von
den größten Schriftstellern geschildert wurde, ist
in vollstündiger Degeneration begriffen. Ja, da-
mals — so hört man überall sagen, war es noch
eine andere Zeit. Während voller zehn Tage
ließ das Volk seinen Gelüsten und Thörichteiten die
Zügel schenken, nur darauf bedacht, sich zu
amüsiren und ohne Sorge für den folgenden Tag.
Die Arbeit war überall eingestellt; man lebte wie
in einem Traum, in welchem man sich während
einiger Tage für das Gland und die Sorgen des
Jahres einschärfen wollte. Es war um die
Zeit, wo die Pfandhänger nicht mehr Geld genug
hatten, um den zahllosen Anleihen, welche mit dem
Nitto, eine Uhr, goldene Ringe u. s. w. zu ver-
lieren, angezückt der kommenden Karnevalsfreuden
gemacht wurden. Wagenvermietungen, Kostümver-
leihen, Blumen- und Konfektverkäufe machten da-
mals über die Festtagezeit mehr Gelder als
während des ganzen Jahres. Die Spekulation
bemächtigte sich des Korso bis in seine kleinsten
Winkel. Fenster und Balkons wurden zu so un-
gläublich hohen Preisen für eine Woche ver-
mietet, daß man davon die ganze Wohnung-
miete für ein Jahr hätte bezahlen können.

Und was für eine Menge prächtig aufge-
putzter Wagen und origineller Masken gab es da-
mals. Und was gab es da für Humor, für eine
naive, gutmüthige und dabei doch komische
Art, sich über andere oder sich selbst lustig zu

machen! Alles ist in unserer Zeit, wo der Kampf
uns Leben die heiteren Fastnachtsheerzge ver-
schwindet hat, verschwunden. Rom hat, seitdem es
Hauptstadt von Italien geworden, seinen charak-
teristischen Typus nach und nach abgelegt und dafür
den modernen parvenutistischen Habitus angenommen,
und wahrhaftig, wenn eine Stadt, so hat es Rom
ancht nöthig, mit Parvenu-Eigenschaften zu brilliren.
Aus der Stadt der Päpste und des hohen
italienischen Adels, seinen religiösen Festen, seinen
weltlichen Festlichkeiten, seinen künstlichen Festge-
lagen und seinen vielstündigen, vielbewegten Volks-
festen hat man eine moderne banale Großstadt ge-
macht, aus der das Materische täglich mehr
schwimmt.

Das sind hauptsächlich die Gründe, weshalb
es trotz der besten Absichten der Bevölkerung nicht
mehr gelingt, den früheren römischen Carneval
wieder ins Leben zu rufen. Man veranfaßt
gewöhnlich noch Züge, aber bevorzucht noch einige
Balkons und Wagen, aber was eben fehlt, das ist
— der „Zug“ — oder „Pentrain“, wie es der
Franzose nennt. Der Gespenst ist der Herr
des Korso geworden. Er führt sich unter die
Räder der Wagen und unter die Füße der Pferde,
um im Schnitz und Staub die Blumenbouquets
aufzuheben, und sie in zweiter Auflage den Vor-
übergehenden an die Köpfe zu werfen. Die
Mazzettacci, welche die Augen mit Staub füllen
und die Hüte schonungslos verderben, haben den
eleganten Bombons und Blumenregen von che-
mals ersetzt.

Es gibt keine wirkliche Anstrengungen gemacht
werden, um den Carneval auf seine frühere Höhe
zu bringen, so bleibt der Erfolg gewöhnlich mit
Sicherheit aus. So finden in dem diesjährigen

Zug besonders zwei Wagen auf, der bu centaner,
das Staatsschiff, auf welchem der Doge von
Venedig mit seinem glänzenden Gefolge auf das
hohe Meer segelte und in die blauen Fluthen der
Adria den goldenen Ring warf, welcher diese mit
Venedig vermahte. Der zweite war der Frieden-
swagen, eine Erinnerung an den großen unter
nationalen Friedenskongress in Rom. Derselb
stellte eine Festung dar, deren Geschütze nur mit
Blumen schießen und auf deren Zinne die Frei-
denstgötze mit dem Schwerte steht. Das war
aber so philosophisch und kalt, daß ein Vergleich
mit den früheren Carnevalszügen rein unmöglich
war. Das einzige, was an die Pracht, Originali-
tät und Komik der früheren Carnevale erinnert,
war der Götterwagen, welcher den „Rath der
Götter über die Hochzeit Psyche's“ darstellte.
Das ganze Arrangement war sozusagen ein-
lebende, theils travestirte Reproduktion, eine Fresko-
Kopie der Villa Fernefina. Sino wurde von
der Prinzessin Turlonia dargestellt; Venus war
die schöne Bisti, Diana die Marquisin Gille,
Ceres die Gräfin Camadori, Psyche die Herzogin
Zaravolo, Proserpina die Prinzessin Sutiniani.
Die Götter wurden ebenfalls durch Mitglieder der
allerhöchsten römischen Aristokratie dargestellt, mit
Ausnahme des nichtsmüthigen, verführerischen und
kleinen Amor, welcher eine junge Prinzessin Tor-
lonia personifizierte.

Dieses Jahr steht der Carneval ganz bedeu-
tend unter dem Einflusse der Finanzkrise und des
Bankfalldes. Die Situation ist belaggenwerth,
die allgemeine Geschäftslage sehr schlecht.
Eine tiefe Trostlosigkeit liegt seit einiger Zeit
auf der römischen Aristokratie. Die Abschaffung

der Majorität, die tausendfachen Bedürfnisse des
modernen Lebens, der Wärm, nicht zur langsam
reich gewordenen Bourgeoisie geübt zu werden,
alles dies hat dazu beigetragen, den Untergang
der alten aristokratischen Familien Roms, welche
früher in sorglosem Reichthum leben konnten, zu
beschleunigen. Die Bankrotte folgen mit einer
verzwelfelten Geschwindigkeit auf einander. Und
Rom erlebt gegenwärtig das Schauspiel, wie ein-
der das Spiel, die Spekulation und den
Wucher ruinierte Gesellschaftsklassen verschwindet.

Um sich von diesen Dingen einen Begriff zu
machen, genügt es, der Palais Borghese zu be-
suchen, wo gewandte Spekulanten allerhand kost-
bare Gegenstände zum Verkauf zusammen tragen:
Möbel in großem Stil, reiche Stoffe mit feinen
Stickereien, geschmückte Truhen, prächtige Faience-
geschirre, Emailarbeiten, alte Gemälde, wertvolle
Waffen, seltene Bücher und Antiquitäten, keine
Wintergegenstände. Das Palais Borghese ist
ein Tempel des modernen Luxus geworden, wo
man die elegantesten Zimmerausstattungen und
die kostbarsten Schmuckgegenstände finden kann.
Liehaber des Alterthümlichen, kollektionswüthige
Engländer u. s. w. finden sich dort zusammen,
um die Schätze der altgriechischen Aristokraten-
familien mit ungläublichen Kosten an sich zu
bringen.

